

Zivilgesellschaftliche Bündnisse im ländlichen Raum: Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“

Wie in vielen brandenburgischen Regionen und Kleinstädten war auch in Neuruppin die Nachwendezeit von einem Erstarren des Rechtsextremismus geprägt, so dass sich u.a. eine gewaltbereite rechtsextreme Jugendszene entwickelte. Zum Beispiel war damals der sogenannte „Opa Lange“ aktiv, der in seinem Privathaus in der Neuruppiner Altstadt über viele Jahre fast täglich Gruppen von Heranwachsenden empfing und ihnen durch das Erzählen „spannender Geschichten“ aus dem Zweiten Weltkrieg Nazi-Ideologie einimpfte. Trotz seines mittlerweile sehr fortgeschrittenen Alters wird er auch als Mitglied des am 28. August 2011 gegründeten Neuruppiner NPD-Stadtverbandes geführt. Des Weiteren existierte der berühmt-berüchtigte Jugendclub Bunker, der stark von rechtsextrem orientierten jungen Menschen frequentiert wurde. Er wurde nach vielen Diskussionen im Jahr 2001 geschlossen. Außerdem organisierte die NPD auch schon in den neunziger Jahren rechtsextreme Demonstrationen in der Stadt; damals existierte noch der NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin unter der Führung von Mario Schulz aus Cumlosen bei Wittenberge. Gegen Mario Schulz wurde u.a. ein Strafverfahren durchgeführt, weil er bei einer Demonstration in Neuruppin eine US-Flagge verbrannt hatte. Die Demonstrationen des NPD-Kreisverbandes verlagerten sich um die Jahrtausendwende von Neuruppin nach Wittstock. Im Jahr 2003 löste sich der Kreisverband der NPD jedoch auf, gründete die „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO) mit und trat nachfolgend in der Öffentlichkeit als „Schutzbund Deutschland“ auf. Der „Schutzbund Deutschland“ war insbesondere mit Propagandaaktionen und Flugblattverteilungen in der Region aktiv, bis er im Juli 2006 vom Innenministerium des Landes Brandenburg verboten wurde.¹

Ab September 2007 begannen dann die regelmäßigen Demonstrationen der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“, wobei die erste Demonstration noch nicht von einer ortsansässigen Gruppe organisiert wurde, sondern vom „Kampfbund Deutscher Sozialisten“. Diese kleine Gruppierung hat aufgrund

¹ Hierzu siehe auch: Nicola Scuteri: Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“. In: Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke II. Potsdam: Demos 2007, S. 79-94.

ihrer sehr speziellen politischen Ausrichtung innerhalb der rechtsextremen Szene eine Außenseiterstellung und wurde von den sich im Aufbau befindenden „Freien Kräften Neuruppin/ Osthavelland“ nur als Testballon benutzt, um die Reaktion der Neuruppiner auszuloten. Bei den „Freien Kräften Neuruppin/ Osthavelland“ handelt es sich um eine relativ junge, aktionsbereite Szene mit enger Anbindung an die NPD, insbesondere den Kreisverband Havel-Nuthe. Mittlerweile hat sich jedoch auch in Neuruppin ein Stadtverband der NPD gegründet, so dass die Aktivitäten der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ auch als Aufbauarbeit für NPD-Strukturen in Neuruppin und der Region gewertet werden können. Seit der faktischen Auflösung des NPD-Kreisverbandes Prignitz-Ruppin im Jahr 2003 war die NPD nicht mehr in der Region präsent.²



Rechtsextreme Demonstration in Neuruppin am 5.9.2009

Heute ist die NPD die einzige rechtsextreme Partei, die in Brandenburg zu Wahlen antritt; die DVU, die über zwei Legislaturperioden im Brandenburger Landtag vertreten war, hat mit der NPD fusioniert. Wenn die NPD bei der nächsten Landtagswahl punkten will, muss sie lokale Strukturen schaffen, und das versucht sie gerade mit Hilfe der sogenannten Freien Kräfte in Neuruppin mit dem mittelfristigen Ziel, einen NPD-Kreisverband ins Leben zu rufen bzw. wiederzubeleben.

² Formell existierte der NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin mit Sitz in Perleberg unter der Führung von Peter Börs weiter, bestand jedoch alleinig aus seinem Vorsitzenden und war nicht handlungsfähig.

Rückblick: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor 2007

Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ hat sich erst 2007 gegründet, viele der Akteure in diesem Bündnis setzen sich aber schon länger als engagierte Bürger/innen mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander. Für einige dieser Akteure ist dies eine Erfahrung, auf die immer wieder Bezug genommen wird.

Im Rückblick werden Veränderungen und Entwicklungen deutlich: Anfangs lag der Schwerpunkt der Bekämpfung des Rechtsextremismus auf der Jugendarbeit. Rechtsextremismus wurde vorrangig als Jugendproblem gesehen und die Gegenaktivitäten konzentrierten sich in erster Linie auf den Aufbau einer „alternativen/ demokratischen Jugendkultur“. In Neuruppin ist dieses Ziel durchaus konsequent verfolgt worden, das linksalternative Jugendwohnprojekt (JWP) „MittenDrin“ wurde z.B. schon 1994 gegründet und gehört zu den ältesten, bekanntesten und aktivsten Projekten dieser Art im Land Brandenburg. Aber auch im nahe gelegenen Rheinsberg wurde z.B. der „Lange Tag der Jugend“ von der damaligen Stadtjugendpflegerin ins Leben gerufen. Dieser „Lange Tag der Jugend“ war als ein Angebot für eine tolerante und demokratische Jugendkultur angelegt und hatte das klare inhaltliche Anliegen, eine Alternative zur rechtsextremen Jugendkultur aufzuzeigen. In jedem Fall waren die damaligen Bemühungen, eine bunte und vielfältige Jugendkultur als Alternative zum Rechtsextremismus aufzubauen, für die Namensgebung des Neuruppiner Bündnisses wichtig. Auf der Basis dieses Hintergrunds haben die Gründer/innen des Bündnisses darauf bestanden, dass das Aktionsbündnis sich den Namen „Neuruppin *bleibt* bunt“ gibt. Die Namensgebung soll darauf hindeuten, dass es bereits in der Vergangenheit gelungen ist, den Rechtsextremismus in Neuruppin zurückzudrängen. Die Gründung des Bündnisses hat die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus allerdings deutlich verändert. Sie findet nun sichtbar im öffentlich-politischen Raum statt und nicht mehr in sozialen Nischen. Dieser Trend lässt sich auch für das gesamte Land Brandenburg beschreiben und stellt eine wesentliche Qualitätssteigerung dar; dieser Prozess kann als eine Emanzipation der Zivilgesellschaft gedeutet werden.

Wie erwähnt lag der Schwerpunkt in den 1990er Jahren beim Aufbau einer alternativen Jugendkultur, um der rechtsextremen Jugendszene das Wasser abzugraben. Das Betätigungsfeld der gegen Rechtsextremismus engagierten Bürger/innen war also vor allem die Jugendarbeit. In Neuruppin hat diese Strategie ja auch durchaus Früchte getragen, so dass um die Jahrtausendwende ein Trendwechsel sichtbar wurde und die rechtsextreme Jugendszene nicht mehr den öffentlichen Raum dominierte. In den Jahren

2001 bis 2007 gab es nur wenige rechtsextreme Auffälligkeiten in Neuruppin, der regionale Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten lag in dieser Zeit in Wittstock, aber auch Rheinsberg machte durch rechtsextreme Anschläge auf gewerbetreibende Migranten negative Schlagzeilen. Neuruppin hingegen hatte sich mittlerweile einen Ruf als linksalternative Hochburg in der Region erarbeitet. Das JWP „MittenDrin“ strahlte und strahlt weiterhin weit über die Grenzen von Neuruppin aus und war auch immer wieder „Zufluchtsort“ für linksalternative Jugendliche, die in den umliegenden Dörfern und Kleinstädten der Region dem Verfolgungsdruck der rechtsextremen Szene ausgesetzt waren. Nicht außer Acht zu lassen ist, dass das „MittenDrin“ nicht nur ein Anlaufort für linksalternative Jugendliche ist, sondern dass das JWP durchaus als politischer Akteur in der Stadt agiert. Das „MittenDrin“ ist z.B. seit vielen Jahren im Jugendhilfeausschuss vertreten, Lokalpolitiker/innen waren immer mal wieder Vorstandsmitglieder des Vereins, das Gebäude des „MittenDrin“ wird von der Stadt gestellt und die Jugendsozialarbeit vom Landkreis finanziert. Es gab und gibt eine enge Verzahnung des „MittenDrin“ mit lokalen Institutionen, Initiativen sowie Gremien, und die Stadt Neuruppin hat das auch ganz bewusst gefördert.

Für die rechtsextreme Szene war und ist Neuruppin auch deshalb schon immer ein Dorn im Auge. Auch dies ist einer der Gründe, warum Neuruppin seit 2007 wieder Zielscheibe rechtsextremer Aktivisten geworden ist: Sie wollen die in ihrer Sicht linke Stadt „knacken“.

Die Gründung des Bündnisses im Jahr 2007

Die Ausgangssituation im Sommer 2007 war im Wesentlichen bestimmt von der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen. In dieser Zeit war noch keine Rede davon, dass sich ein Aktionsbündnis gründen würde; es war der jetzige Sprecher des Bündnisses, Martin Osinski, der nach der erfolgreichen Gegendemonstration im September 2007 den Anstoß dafür gegeben hat. In einer Rundmail hatte er darauf aufmerksam gemacht, dass diese erste rechtsextreme Demo möglicherweise nur den Anfang eines Prozesses darstellte und nicht eine einmalige Veranstaltung gewesen sei. Als die rechtsextremen Aktivitäten in Neuruppin mit der Anmeldung einer rechtsextremen Demonstration zum Weltfriedenstag am 1. September 2007 plötzlich wieder ansprangen, reagierte die Zivilgesellschaft jedoch prompt.

Die erste Demonstration im Jahr 2007 wurde sehr kurzfristig angemeldet, nur eine Woche vorher wurde bekannt, dass am 1. September eine rechtsextreme Demonstration stattfinden soll. Anfangs hieß es noch von Seiten der Stadt,

dass die NPD eine Demonstration angemeldet hätte. Anmelder war jedoch der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“. Innerhalb weniger Stunden wurde eine große Runde im Rathaus zusammengerufen, zu der auch wir als MBT eingeladen waren, um über die Situation zu beraten. Der damalige Pressesprecher der Stadt Neuruppin hatte die Leute zusammengetrommelt und rückblickend fällt auf, dass schon diese erste „einberufene“ Runde im Neuruppiner Rathaus sehr breit aufgestellt war, es sich also keineswegs um eine interne „Macher“-Runde von Amtsträgern handelte. Natürlich waren auch die Amtsträger sowie der Bürgermeister, das Ordnungsamt, die Polizei und einige Stadtverordnete da, aber auch die Leute von „MittenDrin“ waren an einem Runden Tisch dabei, genauso wie Kirchenvertreter, Freie Träger, Kreistagsabgeordnete und engagierte Bürger/innen. Es wurden auch keine Vorgaben gemacht, sondern lediglich über die Situation informiert bzw. versucht, Klarheit über die Situation zu schaffen, um dann das weitere gemeinsame Vorgehen zu diskutieren.

Ich denke, dass es für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum wichtig ist, diese Ausgangssituation zu reflektieren. Es gibt in manchen Kommunen die Tendenz, das Problem Rechtsextremismus ausschließlich als ein Ordnungsproblem zu behandeln und die Lösungen dafür hinter verschlossenen Türen unter Amtsträgern zu verhandeln, höchstens noch mit einer externen Beratung (wie dem MBT) an der Seite. Diese Strategie geht aber nur in den seltensten Fällen auf, weil es sich beim Rechtsextremismus um ein politisches Problem handelt, das wie alle politischen Themen nur in der Öffentlichkeit ausgetragen werden kann. Das Verhandeln der „Macher“ hinter verschlossenen Türen führt in der Regel zu zwei Szenarien. Entweder die Zivilgesellschaft klinkt sich aus und den rechtsextremen Szenen ist das Feld der politischen Willensbildung im Gemeinwesen freigeräumt oder die Zivilgesellschaft engagiert sich unabhängig von den kommunalen Amtsträgern. Dieses zweite Szenario führt in aller Regel zu einer Polarisierung bzw. Spaltung zwischen den amtlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften, was wiederum zu mehr besetzbaren Lücken und somit größeren Spielräumen für die rechtsextreme Szene führt.

Dieser Runde Tisch in Neuruppin war eine einmalige Geschichte, eine Art Notstandsmaßnahme. In anderen brandenburgischen Kommunen sind solche eher formalisierten Runden Tische gegen Rechtsextremismus Dauereinrichtungen, die von der Stadt einberufen und moderiert werden. Ein Problem bei solchen Gremien ist die Institutionalisierung und Formalisierung der Diskussion des politisch hoch emotionalen Themas Rechtsextremismus. Nicht selten wird der Auseinandersetzung damit viel kreative Energie genommen und eine Handlungsunfähigkeit vorprogrammiert. In Neuruppin ist das zum Glück anders gelaufen, hier wollte man nicht kommunalpolitisch formalisieren und hat

bewusst auf das kreative Potenzial der lokalen Zivilgesellschaft gesetzt. Am Ende dieses Treffens im Rathaus war allen klar: Wir machen eine Gegendemo und um diese vorzubereiten treffen wir uns außerhalb des Rathauses. Ein Termin wurde für den Folgetag in der Geschäftsstelle der Grünen vereinbart, das war sozusagen die Geburtsstunde des Aktionsbündnisses „Neuruppin bleibt bunt“, auch wenn es sich noch nicht so nannte. Dort haben sich dann alle getroffen und in wenigen Tagen eine Gegendemonstration auf die Beine gestellt. Das alles musste sehr schnell passieren und dennoch war diese erste Gegenveranstaltung zahlenmäßig die bisher größte.



Protest gegen die rechtsextreme Demonstration am 5.9.2009 in Neuruppin

Auf rechtsextremer Seite waren es nur ungefähr 60 bis 70 Personen, obwohl ursprünglich 200 angekündigt waren, während sich Zahl der Gegendemonstranten auf ca. 700 bis 800 Personen belief. Der damalige Pressesprecher der Stadt stand mit Mikroanlage auf dem Balkon der Musikschule, die sich genau gegenüber dem Bahnhof Rheinsberger Tor befindet, von wo aus die Rechtsextremen losmarschierten. Er zog die ganze Zeit über die Neonazis her nach dem Motto: „Ihr seid so ein jämmerlicher Haufen, warum haut ihr nicht

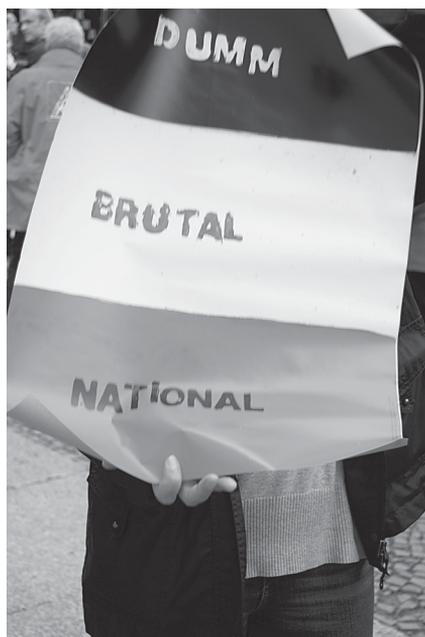
einfach wieder ab?“ Als die Rechtsextremen dann letztendlich losmarschierten, wurden sie von den Gegendemonstranten lautstark begleitet. Trotz einer versuchten Blockade, an der sich ca. 100 Personen beteiligten, konnten die Rechtsextremen ihre angemeldete Marschroute bis zum Ende laufen. Zwar war die große Beteiligung an der Gegendemonstration ein Erfolg, aber es gab einen Zwischenfall, der sich bis heute immer noch negativ auf das zivilgesellschaftliche Engagement gegen den Rechtsextremismus in Neuruppin auswirkt. Eine Sitzblockade stoppte gleich zu Beginn den rechtsextremen Aufmarsch, die nach dem dritten Aufruf konsequent von der Polizei geräumt wurde, so dass die Rechtsextremen ihrer Marschroute wieder folgen konnten. Ungefähr zwanzig Minuten später, als die Rechtsextremen eine Ecke am anderen Ende der Neuruppiner Innenstadt passierten, wurden sie wie an anderen Stellen auch von den Gegendemonstranten am Straßenrand mit „Nazis Raus“-Rufen konfrontiert. Die Gegendemonstranten befanden sich allesamt hinter dem sogenannten Hamburger Gitter, es bestand also absolut keine Gefahr. Ein Polizist hat dann mit Pfefferspray in die Menschenmenge gesprüht und dabei eine Bundestagsabgeordnete, etliche Kinder und einige andere Gegendemonstranten verletzt. Am Folgetag dominierte in der Presse dieser Pfeffersprayeinsatz und die geräumte Sitzblockade. Wer nicht persönlich anwesend war und seine Informationen nur aus der Presse bezog, konnte leicht den Eindruck einer Verbindung zwischen Sitzblockade und Pfeffersprayeinsatz gewinnen. In Wirklichkeit aber waren das zwei verschiedene, räumlich und zeitlich getrennte Ereignisse. Gleichwohl wird die Geschichte häufig anders erzählt: „In Neuruppin gab es eine rechtsextreme Demo, linke Chaoten haben eine Sitzblockade gemacht, die gewaltsam mit dem Einsatz von Pfefferspray geräumt werden musste.“

Gegen diesen Polizeieinsatz wurde geklagt; zu den Beweismitteln gehörten Fotos, die dokumentieren, wie ein Polizist Pfefferspray ungezielt in die Menge sprühte. Allerdings ist diese Klage dann nicht weiter verfolgt worden, weil sie als zu geringfügig eingeschätzt wurde; das Gericht hatte das Verhalten des Polizisten jedoch für unverhältnismäßig erklärt. Sein Verhalten wurde also gerügt, aber nicht strafrechtlich verfolgt.

Bündnisse

Generell ist es wichtig, dass sich Bündnisse darüber Gedanken machen, welches Bild sie nach außen transportieren wollen. Der Name „Bündnis“ sagt eigentlich aus, dass es sich um einen Zusammenschluss sehr unterschiedlicher Personen und/ oder Organisationen handelt, die normalerweise nicht zusam-

menfinden würden, gäbe es da nicht eine ähnlich wahrgenommene Herausforderung, die gegenüber ihren Unterschieden überwiegt. Aufgrund seiner Geschichte erfolgt in Deutschland die Auseinandersetzung mit dem Rechts extremismus oft über „Bündnisse“. Sie sollen nach allgemeinen Vorstellungen ein möglichst breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte repräsentieren. Dieser doch sehr hohe und auf lokaler Ebene nicht immer umsetzbare Anspruch ist im Neuruppiner Aktionsbündnis zumindest ansatzweise verwirklicht. In der Anfangsphase war die Geschäftsstelle der Grünen der reguläre Treffpunkt; mittlerweile wechseln die Versammlungsorte und man trifft sich mal im „MittenDrin“, mal bei den Jusos, mal in der Diakonie, mal wieder bei den Grünen. Das Bündnis ist relativ breit aufgestellt, es besteht aus engagierten Bürger/innen, Vertretern der Kirche und der Stadt, dem „MittenDrin“ sowie der CDU, der SPD, den Grüne, den Linken und anderen.



*Protest auf einem schwarz-weiß-roten
Plakat gegen die rechtsextreme
Demonstration in Neuruppin
am 5.9.2009*

Wie bei vielen Bündnissen kommen unmittelbar vor den rechtsextremen Veranstaltungen mehr Personen zu den Treffen, während es in den Zeiten zwischen den rechtsextremen Aufmärschen dann etwas weniger sind. Zum aktiven Kern gehören ca. sechs bis acht Personen, die auch repräsentativ für die gesamte Breite des Bündnisses sind. Zu den Treffen kommen im Schnitt ungefähr 15 Leute, aber in Hochzeiten versammeln sich durchaus auch 30

und mehr Personen. Die meisten sind Multiplikator/innen der lokalen Zivilgesellschaft, die ein Netzwerk auf regionaler Ebene repräsentieren. Was die Zahl der Mitglieder angeht, entspricht die Größenordnung anderen, ebenfalls erfolgreich arbeitenden zivilgesellschaftlichen Bündnissen in Brandenburg. Wir reden hier also eher vom Brandenburger Durchschnitt in Kleinstädten mit 10.000 bis 50.000 Einwohner/innen. In kleineren Gemeinden besteht der aktive Kern oft nur aus zwei bis drei Personen und es kommen maximal zehn Menschen zu den regelmäßigen Treffen. Doch sind dies meistens Multiplikator/innen der regionalen Zivilgesellschaft, die nicht nur für sich selbst stehen, sondern ein eigenes Netzwerk repräsentieren. Der Vernetzungsgrad lokaler Bündnisse hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und eine beachtliche Qualität erreicht. Das Neuruppiner Aktionsbündnis ist z.B. eng mit den anderen beiden Bündnissen der Region in Wittstock und in Fehrbellin sowie mit landesweiten Akteuren und Organisationen vernetzt. Während die lokalen Bündnisse früher eher isoliert nebeneinander vor sich hin arbeiteten, sind sie nun auf der lokalen, der regionalen und der landesweiten Ebene vernetzt. Dieser Trend ist auch in anderen Landesteilen zu beobachten: Nachdem die lokalen Bündnisse sich in ihren eigenen Orten etabliert haben, was oft ein Prozess von Jahren ist, gehen sie in eine zweite Phase über und fangen an, sich mit anderen auszutauschen und regionale wie überregionale Netzwerke zu knüpfen.

Inhalt und Ziele

Das Aktionsbündnis in Neuruppin ist sich bewusst, dass eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus an der Tagesordnung ist. Da die Akteure aber mit dem Problem der regelmäßigen rechtsextremen Demonstrationen konfrontiert sind, bleibt ihnen erst einmal nichts anderes übrig als zu reagieren. Das kostet jedes Mal viel Kraft, die dann an anderer Stelle fehlt. Nichtsdestoweniger setzen sie auch unabhängig von den rechtsextremen Aufmärschen regelmäßig Zeichen in der Stadt und organisieren und/oder holen thematisch relevante Veranstaltungen nach Neuruppin. Zum Beispiel findet seit 2008 regelmäßig am 1. September zum Weltfriedenstag eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Faschismus im Stadtzentrum von Neuruppin statt, um den Rechtsextremen nicht die Deutungshoheit zu überlassen.

Ein anderes Beispiel ist eine Ausstellung über die Situation von Asylsuchenden im Landkreis. Die Situation von Asylbewerbern und insbesondere deren Unterbringung im Asylbewerberheim im Neuruppiner Vorort Treskow sind

immer wieder heiß diskutierte Themen in der Stadt. Zeitweise wurde überlegt, das Asylbewerberheim zu schließen und die Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, was sich aber letztendlich als nicht praktikabel erwiesen hat. Da sich das Aktionsbündnis auch diesem Thema verpflichtet fühlt, hat es in Kooperation mit dem Jugendmigrationsdienst eine öffentliche Ausstellung auf dem Schulplatz mitten im Stadtzentrum organisiert, um auf die prekären Lebensverhältnisse der Asylsuchenden aufmerksam zu machen. In einem acht Quadratmeter großen Zelt wurde möglichst realitätsnah ein Raum nachgestellt, wie ihn Asylsuchende im Asylbewerberheim bewohnen. Ergänzt wurde dies um Informationen zum Asylbewerberleistungsgesetz, zur Residenzpflicht und zu anderen diskriminierenden Praktiken, denen Asylsuchende täglich ausgesetzt sind. Diese Ausstellung wurde gemeinsam mit Asylsuchenden eröffnet, es wurde von Asylsuchenden zubereitetes Essen angeboten und man ist dann über die dargestellten Themen mit Neuruppiner Bürger/innen ins Gespräch gekommen. Eigentlich eine sehr gute Aktion, doch leider wurde die Ausstellung, die eine ganze Woche lang auf dem Schulplatz zu sehen sein sollte, schon am frühen Morgen des zweiten Tages von Unbekannten zerstört. Das war kurz vor der Demonstration der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ im Sommer 2011, die dann erfolgreich blockiert wurde. Die Ausstellung über Asylsuchende war jedoch schon vor Bekanntwerden des rechtsextremen Aufmarsches geplant; wäre das nicht der Fall gewesen, hätte man die Ausstellung möglicherweise verschoben. Wie gesagt, das Thema ist für das Neuruppiner Bündnis aber sowieso auf dem Plan, es hatte früher schon einmal den Truck „Labyrinth Fluchtweg“ für eine Woche auf den Schulplatz nach Neuruppin geholt. Dieser Truck enthält eine mobile Ausstellung, die mit einem 20-minütigen Hörspiel und einem Rundgang über den Fluchtweg von Asylsuchenden und deren Probleme bei ihrer Ankunft in Deutschland informiert.

Auch das Grips-Theater mit seinem Stück „SOS for Human Rights“ ist auf Initiative des Bündnisses nach Neuruppin geholt worden. Dieses auf ein junges Publikum zugeschnittene Stück thematisiert die fragwürdige Rolle der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und den Fluchtweg, den viele Flüchtlinge von Zentralafrika durch die Wüste übers Mittelmeer auf sich nehmen, um nach Europa zu gelangen.

Was das Thema Migration und Asyl angeht, gibt es auch andere Gremien in der Stadt, wie z.B. den Arbeitskreis Migration, die das Thema bearbeiten. Allerdings ist dieser Arbeitskreis ein Fachgremium und kein zivilgesellschaftliches Bündnis, der Schwerpunkt liegt somit bei der Integration einzelner Individuen oder Gruppen von Migranten in die Gesellschaft, während es nur am Rande darum geht, die Mehrheitsbevölkerung für Themen wie Rassismus und Diskriminierung, seien sie alltäglicher oder struktureller Natur, zu sensibilisie-



Protest gegen die rechtsextreme Demonstration in Neuruppin am 5.9.2009

ren. Kurzum, das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ übernimmt keine klassischen Integrationsaufgaben, sondern sieht sich als politischer Akteur, der neben dem Rechtsextremismus auch Themen wie Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung ins öffentliche Bewusstsein der Stadt rücken will.

Viele Lesungen, Podiumsdiskussionen und Vortragsabende des Aktionsbündnisses stehen jedoch in einer direkteren Verbindung zum Thema Rechtsextremismus. Man will natürlich auch hier die inhaltliche Auseinandersetzung in der Stadt führen, zu diesem Zweck hat das Aktionsbündnis z.B. einmal in Kooperationen mit dem Quartiersmanagement, der Stadtverwaltung und dem MBT eine Veranstaltung in der Reihe „Stadtforum“ zum Thema „Rechtsextreme Aufmärsche – was tun?“ organisiert.

Finanzierung

Die Finanzierung seiner Arbeit bezieht das Bündnis aus verschiedenen Quellen, in den vergangenen Jahren wurde mehrfach ein Förderantrag beim Lokalen Aktionsplan des Landkreises Ostprignitz-Ruppin gestellt, aber auch beim Toleranten Brandenburg wurden in der Vergangenheit Gelder beantragt, z.B. für die Durchführung des Demokratiefestes im März 2010. Darüber hinaus

beteiligt sich oft auch die Stadt Neuruppin anteilig an Aktionen. Da das Neuruppiner Aktionsbündnis jedoch kein eingetragener Verein ist, wird immer ein Träger benötigt, der die Fördermittelanträge stellt. In Neuruppin ist man in der glücklichen Situation, dass Vertreter eines großen Trägers mit im Bündnis sitzen, die sich gut mit Antragsstellung auskennen und diese Aufgabe auch immer wieder übernehmen. Da der Großteil der zivilgesellschaftlichen Bündnisse keine eingetragenen Vereine sind, ist das bei vielen die übliche Verfahrensweise. Nicht alle Initiativen haben jedoch solche großen und erfahrenen Träger in ihren Reihen, so dass sie oft mit der Mittelbeschaffung überfordert sind. Manchen Initiativen war die ständige Suche nach wohlwollenden Trägern zu mühsam und sie haben sich dann doch zur Gründung eines eigenen Vereins oder eines externen Fördervereins entschlossen. Da dieser Prozess aber mit einer Formalisierung der eigenen Struktur einhergeht und man somit Gefahr läuft, die kreative Energie aus dem Bündnis zu nehmen, sehen viele zivilgesellschaftliche Initiativen von dieser Option ab. Diese Gefahr ist in der Tat sehr real, ich kenne nur wenige zivilgesellschaftliche Bündnisse, etwa das „Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt“ in Oranienburg, das diesen Weg erfolgreich gegangen ist und zwar mit der Gründung eines Fördervereins. Dort hat man die Vereinstätigkeit mit einem Schwerpunkt auf politischer Bildung bewusst von der zivilgesellschaftlichen Bündnisarbeit abgekoppelt und hält an dieser strikten Trennung fest. Wo diese Trennung nicht vorgenommen wurde, wo also die Initiative zum Verein mutierte, ist nach meinem Wissensstand der Elan regelmäßig erloschen.

Bündnisse in Klein- und Großstädten

Bündnisse im städtischen Bereich sind m.E. weniger stark abhängig oder glauben wenigstens, weniger von der lokalen Verwaltung und auch den politischen Hauptakteuren abhängig zu sein. Ich denke einer der wesentlichen Unterschiede ist tatsächlich, dass in Metropolen eine zivilgesellschaftliche Initiative auch relativ unabhängig von den offiziellen Strukturen in einem bestimmten Rahmen handlungsfähig sein kann. Zwar ist es auch in einer Großstadt von Vorteil, zu Ämtern und politisch Verantwortlichen gute Beziehungen zu pflegen, aber es ist weniger notwendig. Wenn man gut organisiert ist, reicht es hier auch manchmal einfach, genügend Druck aufzubauen, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Wenn eine zivilgesellschaftliche Initiative mittels konfrontativer Methoden ihr erklärtes Ziel erreicht, kümmert es die Akteure in der Metropole wenig, wenn die Beziehungen zu Verantwortlichen in den Ämtern und der Politik dabei Schaden genommen haben,

schließlich kennt man die Verantwortlichen nicht persönlich und hat mit ihnen weiter nichts zu tun.

Genau das funktioniert im ländlichen Raum und auch in den Kleinstädten überhaupt nicht, weil sich die betroffenen Akteure an vielen anderen Stellen immer wieder treffen. Alle Personen, die sich im Neuruppiner Bündnis engagieren, tun dies nicht nur dort, sondern sind auch in jenem Verein, in diesem Ausschuss und einer anderen Runde dabei. Dort treffen sie auf den Bürgermeister oder andere politisch Verantwortliche sowie auf Mitarbeiter/innen der Verwaltung, mal in der einen und mal in der anderen Rolle. Sie sind also in vielen Bereichen ihres Lebens voneinander abhängig und darauf angewiesen, dass die Beziehungen einigermaßen laufen, damit man sich keine Feinde an den falschen Stellen schafft und handlungsunfähig wird bzw. bleibt. Selbst ein Verein wie das „MittenDrin“, der von seiner Natur her eher oppositionell ausgerichtet ist, legt großen Wert auf diese Kooperation und Beziehungspflege mit allen in der Stadt Aktiven und Verantwortlichen, weil er sich bewusst ist, dass davon die eigene Existenz abhängen kann.

Man arbeitet einfach viel stärker auf konsensueller Ebene, wobei es auch dabei verschiedene Modelle gibt. Das Neuruppiner Bündnis, denke ich, ist ein gutes Beispiel, wie es insbesondere in den Kleinstädten im ländlichen Raum funktionieren kann.

Zusammen mit den umliegenden Gemeinden hat die Kleinstadt Neuruppin ca. 30.000 Einwohner: Man ist nicht anonym, aber es gibt mehr Spielräume als in einem Dorf. Oft sind in kleineren Gemeinden diese Art von Bündnissen vom Bürgermeister oder von der Verwaltung dominiert. In stark ländlich geprägten, kleinen Gemeinden besteht schon aufgrund der demographischen Situation in der Regel keine klare Trennung zwischen einem an die Verwaltung angedockten Fachgremium und einem politischem Bündnis. Ich hatte ja zuvor das Beispiel des Themas Asyl und Migration genannt, das in Neuruppin auf der einen Ebene von einem Fachgremium (moderiert von der Integrationsbeauftragten des Kreises) und auf einer anderen, öffentlich-politischen Ebene auch vom Aktionsbündnis bearbeitet wird. Derartige Rollenunterscheidungen lassen sich in kleinen Gemeinden nicht realisieren, daher sind dort auch die Initiativen gegen Rechtsextremismus eher mit kommunalen Fachgremien vergleichbar. Bei derartigen Bündnissen handelt es sich nicht um rein zivilgesellschaftliche Initiativen, sondern um kommunale Bündnisse, in denen zusätzlich zu Polizei, Verwaltung und Trägern der Jugendarbeit auch einige (oft wenige) engagierte Bürger/innen sitzen. Zwar hat dieser Typ von Bündnis/Initiative oft auch einen politischen Anspruch, der aber in der Regel nicht den Kern des eigenen Selbstverständnisses ausmacht und zudem stark von der bereits existierenden politischen Kultur vor Ort abhängt.

Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ hingegen wird dem Begriff des zivilgesellschaftlichen Bündnisses tatsächlich gerecht, hier kommen mehrheitlich Vertreter/innen von Vereinen, Verbänden, Parteien und einzelne engagierte Bürger/innen auf der Grundlage eines politischen Selbstverständnisses gegen Rechtsextremismus zusammen. Auch ein Vertreter der Stadtverwaltung oder der Bürgermeister kommen gelegentlich zu den Treffen des Bündnisses und die Stadt steht natürlich auch ganz offiziell hinter „ihrem“ Bündnis, aber sie kommen als Kooperationspartner und nicht als diejenigen, die steuern. Der zivilgesellschaftliche Kern des Bündnisses gibt immer den Takt an, der Bürgermeister und die Verwaltung werden zwar regelmäßig informiert und man stimmt sich in wichtigen Fragen mit ihnen ab, die Entscheidungshoheit über das Vorgehen des Bündnisses aber liegt bei den zivilgesellschaftlichen Machern.

Blockade-Diskussionen

Das Neuruppiner Bündnis würde in bestimmten Grundsatzfragen wahrscheinlich nie gegen die Stadt agieren, aber letztlich ist es eine eigenständige Größe und bestimmt seine Handlungspräferenzen selbst. Für den ländlichen Raum Brandenburgs gilt in der Regel, dass man ohne die Zustimmung des Bürgermeisters in bestimmten Fragen nicht voprescht; das ist m.E. auch völlig unproblematisch, wichtig ist jedoch, in welcher Weise dies erfolgt. Ein sehr schwieriges Thema für das Verhältnis zwischen Aktionsbündnis und Stadt waren z.B. die Blockaden gegen die rechtsextremen Aufmärsche. Meiner Einschätzung nach hatten diese Schwierigkeiten durchaus auch etwas damit zu tun, dass ein eher auf Großstädte zugeschnittenes Konzept, welches u.a. auf Konfrontation ausgerichtet ist, auf Kleinstädte im ländlichen Raum übertragen wurde. Dabei wird oft übersehen, dass viele Menschen diese Art der Aktionsform mit Medienberichten über den 1. Mai in Berlin-Kreuzberg oder den Massenblockaden gegen die jährlichen Aufmärsche Rechtsextremer in Dresden in Verbindung bringen. Das ruft wiederum Assoziationen von fliegenden Steinen, brennenden Mülltonnen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht hervor. Die Aktionsform hat einfach ein bestimmtes Image, so dass die Ablehnung der Bürger/innen nicht fern liegt: „Diese Chaoten und solche Verhältnisse wie in Kreuzberg und Dresden wollen wir bei uns nicht haben.“

Das Thema Blockade war über die Jahre immer mal wieder auf den Sitzungen des Aktionsbündnisses eingebracht und kontrovers diskutiert worden. Der Bürgermeister hatte in dieser Frage immer einen klaren Standpunkt vertreten: Er ruft nicht zu Blockaden auf. Diese Position war auch lange mit der des Ak-



Protest gegen die Demonstration zum Antikriegs-/ Weltfriedenstag der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ am 5.9.2009 in Neuruppin

tionsbündnisses identisch. Es kam dann aber zu einer Veränderung, die von jungen Leuten aus dem linksalternativen Spektrum vorangetrieben wurde, die irgendwann ihre Präferenz für diese Form der Auseinandersetzung entwickelten. Dies führte zur Auslagerung der Blockadevorbereitungen aus dem Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“. Die linksalternativen jungen Leute vernetzten sich mit anderen, ihnen nahestehenden Akteuren außerhalb von Neuruppin und organisierten mit diesen Partnern eine Blockade parallel zur Gegendemo des Aktionsbündnisses. Mit der Blockade hat man also nicht das Aktionsbündnis „belastet“, sondern gewissermaßen auf eigenes Risiko eine zusätzliche Aktionsform eingeführt. Im Juli 2011 wurde dann die Demonstration der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ erfolgreich blockiert. Die Polizei sah von einer Räumung der Blockade ab und die Rechtsextremen konnten nur einen Teil ihrer Route laufen. Eines ihrer Ziele, das Neubaugebiet, in dem einige Mitglieder der lokalen rechtsextremen Szene selber wohnen, konnten sie nicht erreichen. Jedoch war dieser Erfolg nicht von Dauer, denn nur kurze Zeit danach war schon der nächste rechtsextreme Marsch angemeldet und zwar im September 2012 – gleiche Route, gleiches Motto. Auf ihrer Webseite verkündeten die Rechtsextremen, dass sie immer wieder eine Demo anmelden würden, bis sie die gesamte Strecke gelaufen sind. In der Tat konn-



Flyer des „Aktionsbündis Neuruppin bleibt bunt / Netzwerk Neuruppin

ten sie auf ihrer für September 2011 angemeldeten Demo die gesamte Route laufen, denn die Blockade wurde diesmal von der Polizei geräumt. Der Aufruf des Aktionsbündnisses zur Gegendemo im September 2011 rief zwar immer noch nicht direkt zur Blockade auf, aber indirekt spielten die Autoren auf die erfolgreiche Blockade vom Juli an, indem sie auf ihrem Flyer die Neuruppiner aufriefen, sich dem Naziaufmarsch zu „wider/setzen“. Diese indirekte Aufforderung sich an einer Blockade zu beteiligen und trotzdem jedem zu über-

Neuruppin bleibt bunt – Bring zwei!

Erst vor wenigen Wochen wollten aus dem ganzen Bundesgebiet angereiste Neonazis durch Neuruppin marschieren. Mehrere Hundert demokratisch gesinnte Menschen setzten sich ihnen in den Weg: Nationalistische Parolen finden in Neuruppin kein Gehör! Nach wenigen hundert Metern wurde einer der größten Aufmärsche von Neonazis in Brandenburg aufgehalten und musste umkehren.

Trotz der Schlappe wollen diese Neonazis am 24. September erneut versuchen, ihre menschenverachtende demokratiefeindliche Propaganda bei uns zu verbreiten. Auch so kann man Unbelehrbarkeit zeigen. Wieder soll das Demonstrationsrecht missbraucht werden, um die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verherrlichen. Die Erfahrung zeigt: Der gefährliche braune Spuk wird nicht von allein und schon gar nicht durch Wegschauen und Ignorieren verschwinden.

„Neuruppin bleibt bunt“ und das brandenburgweite „Netzwerk Neuruppin Gegen Nazis“ rufen gemeinsam dazu auf, diese und jede weitere neofaschistische Provokation zurückzuweisen – friedlich, vielfältig, unbeirrbar und entschlossen. Wir werden uns widersetzen.

Was heißt nun „Bring zwei!!“ ?

Ganz einfach: Sprechen Sie mit Ihrer Nachbarin, Ihren Kollegen, Ihren Sportfreundinnen. Informiere Deine Mitschülerinnen und Mitschüler, Deinen Freundeskreis und Deine Eltern. Kommt zu unserer bunten Demonstration gegen Rechts – und bringt diesmal noch zwei weitere Menschen mit!

Wir sind ein vielfältiges Bündnis aus lokalen Vereinen, landesweiten Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, Kirchengemeinden und vielen weiteren engagierten Antifaschistinnen und Antifaschisten. Wenn Nazis ihr braunes Gift in unseren Städten versprühen wollen, dann stellen wir uns ihnen gemeinsam in den Weg.

::::: Aktionsbündnis Neuruppin bleibt bunt / Netzwerk Neuruppin Gegen Nazis :::::

Treffpunkt: Samstag, 24. September, 10 Uhr
Kirchplatz hinter der Pfarrkirche, Artur-Becker-Str. Ecke Heinrich-Rau-Str.

www.neuruppin-bleibt-bunt.de/

www.netzwerk-neuruppin.de



Gegen Nazis“ zur Demonstration am 24. 9.2011

lassen, wie er sich an der Gegendemonstration beteiligen möchte, war das Ergebnis eines langwierigen Diskussionsprozesses innerhalb des Bündnisses. Vor allem wollte man vermeiden, mit einem direkten Aufruf zur Blockade den Bürgermeister vor den Kopf zu stoßen. Das Ganze funktioniert jedoch nur, weil man im Bündnis zu wissen glaubt, dass der Bürgermeister grundsätzlich auf der eigenen Seite steht; man hat Verständnis für seine Rolle als Stadtoberhaupt und für die Grenzen, die ihm mit dieser Rolle gesetzt sind.

In Orten, in denen der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin den Rechtsextremismus klein redet und dem lokalen Bündnis skeptisch gegenüber steht, funktioniert auch der konsensuale Weg nicht – der muss von beiden Seiten gepflegt werden. Allerdings ist meinen Beobachtungen zufolge dieser konsensuale Weg derjenige, der im ländlichen Raum Brandenburgs am besten funktioniert. Ich habe große Zweifel daran, ob ein Bündnis wie „Neuruppin bleibt bunt“ so erfolgreich ohne den Segen des Bürgermeisters arbeiten könnte. Dies wird einem schnell klar, wenn man Neuruppin mit Gemeinden vergleicht, in denen es Bündnisse gegen Rechtsextremismus gibt, bei denen das Stadtoberhaupt nicht mit im Boot sitzt oder sogar das lokale Bündnis als „Nestbeschmutzer“ empfindet. Andererseits ist aber auch das andere Extrem, zumindest langfristig gesehen, gleichfalls kein Erfolgsmodell, wenn also der Bürgermeister und die Stadtverwaltung dominieren und das Bündnis im Prinzip nur ausführendes Organ ist. Alle mir bekannten Bündnisse in Brandenburg streben einen Konsens mit der Stadt und dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin an. Es liegt also in der Hand des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin dieses konsensuale Angebot anzunehmen; ob und wie es dann in der Folge funktioniert, wird von Ort zu Ort immer unterschiedlich sein. Es finden durchaus auch kontroverse Diskussionen statt, aber die führen in der Regel nicht zum Bruch, weil man sich ja möglicherweise schon am nächsten Tag wieder zu einem anderen Thema ins Benehmen setzen muss. Irgendwann ist dann oft der Punkt erreicht, wo gesagt wird: „Okay, du bleibst bei deiner Meinung, ich bei meiner“, ohne dass deshalb generell die Kommunikation abgebrochen wird. Bei der Frage der Blockade z.B. wurde immer und immer wieder kontrovers diskutiert und jeder ist bis heute mehr oder weniger bei seiner ursprünglichen Position geblieben, aber man redet trotzdem weiter miteinander und entscheidet letztendlich im Konsens. Schließlich handelt es sich bei den Akteuren um eine relativ überschaubare Gruppe; wenn einer abspringt, fehlt unmittelbar ein tragendes Element, so dass man in seiner Arbeitsfähigkeit spürbar eingeschränkt ist.

Eine andere Frage ist natürlich, was man als Erfolg von demokratischen Protesten gelten lassen möchte. Nach meinem Eindruck definierte man in Neuruppin den eigenen Erfolg spiegelbildlich zum Mißerfolg der Neonazis: Erfolgreich war man selbst also nur dann, wenn die Neonazis nicht marschieren konnten. Gegen diese Auffassung hatten wir als MBT versucht zu argumentieren und zu sagen, das kann nicht der Maßstab sein. Es ist zwar zu begrüßen, wenn die Rechtsextremen nicht marschieren, aber das kann nicht als der einzige Inhalt demokratischer Aktivitäten gelten – nach dem Motto: Wenn sie nicht mehr marschieren, sind wir das Problem los. Es ist nicht immer einfach gegen dieses mechanistische Denken anzugehen, letztendlich aber müs-

sen alle ihre eigenen Erfahrungen machen. Es ist generell ein Problem von Bündnissen, dass sie immer sehr hohe Ansprüche an sich selber stellen. Insbesondere nach der gescheiterten Blockade im September 2011 war die Enttäuschung groß, allerdings nicht in erster Linie weil die Rechtsextremen ihre Route wie geplant ablaufen konnten, sondern weil sich die Demokraten von der Polizei kriminalisiert und von der Landesregierung, insbesondere dem zuständigen Innenminister, im Stich gelassen gefühlt haben. Des Weiteren waren sie von den Neuruppinern selbst enttäuscht, da die drei- bis vierhundert Demonstrationsteilnehmer, die teilweise aus dem gesamten Land Brandenburg kamen, als zu wenig empfunden wurden. Es waren weniger als bei den vergangenen Protesten, was für die Leute schwer nachzuvollziehen war. Mittlerweile häufen sich allerdings wieder die Erfolge für das Neuruppiner Aktionsbündnis, ohne dass die Teilnehmerzahlen bei ihren Aktionen rasant gestiegen wären.

Die Zukunft des Bündnisses

In Neuruppin herrscht heute die Einsicht vor, dass Rechtsextremismus ein Problem darstellt, das uns über einen längeren Zeitraum begleiten wird, und dass es dabei nicht nur um rechtsextreme Aufmärsche geht. Neuruppin ist kein reiner Aufmarschort, kein Ersatz für Wunsiedel oder Halbe; die Aufmärsche dienen und dienen hauptsächlich dem Aufbau rechtsextremer Strukturen in der Region. Es ging aus meiner Sicht von Anfang an immer darum, Strukturen in Neuruppin und somit auch in der Region und in Brandenburg allgemein aufzubauen, um das große mittelfristige Ziel, den Einzug der NPD in den Brandenburger Landtag, zu erreichen. Neuruppin ist die bedeutendste Stadt im Nordwesten Brandenburgs und wird dies voraussichtlich auch weiterhin bleiben. Andere Städte in der Region verlieren stetig an Bevölkerung, Bedeutung und Einfluss, während die demographische und wirtschaftliche Entwicklung von Neuruppin relativ stabil erscheint. Das ist einer der Gründe, warum sich die NPD Neuruppin ausgesucht hat. Sie hätte es in einer Stadt mit mehr Problemen, in der die Entwicklungslinien eher nach unten weisen, möglicherweise leichter, Fuß zu fassen. Wenn sie es aber in Neuruppin schaffen sollte, sich durchzusetzen und in die Stadtverordnetenversammlung einzuziehen, dann würde sie damit eher punkten und viel stärker wahrgenommen werden.

Noch eine letzte Beobachtung zur Rolle des Aktionsbündnisses Neuruppin als Teil des ländlichen Raumes. Im Bündnis engagieren sich nicht nur Leute aus Neuruppin selbst, sondern auch aus den umliegenden Gemeinden, wie z.B. Rheinsberg oder Walsleben/ Temnitz, die wesentlich ländlicher geprägt

sind. Insofern werden einige der umliegenden Gemeinden mitgenommen, und obwohl sich das Bündnis den Namen der Stadt Neuruppin gegeben hat, geht sein Einzugsbereich darüber hinaus. Wie bereits erwähnt strahlt Neuruppin ohnehin weit in die Region und somit auch in den ländlichen Raum aus und das gilt gleichermaßen für das Aktionsbündnis unabhängig davon, ob sich Personen aus diesen Gemeinden direkt im Neuruppiner Bündnis engagieren. Da die gesamte Region auf Neuruppin und die dortige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus schaut, fühlen sich wiederum andere Kommunen oder Initiativen in der Region motiviert, dies auch zu tun. Das viel ältere Bündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock hat durch die Vernetzung mit den anderen Initiativen im Landkreis wieder neuen Elan entfalten können, das Bündnis „Fehrbellin bleibt bunt“ hat sich von den Neuruppinern inspirieren lassen, um sich in der eigenen Gemeinde für ein tolerantes Miteinander zu engagieren. Als das Neuruppiner Aktionsbündnis am 1. Mai 2012 einen Autokorso über Kyritz und Wusterhausen nach Wittstock durchführte, um dort gegen die Demonstration der Rechtsextremen Gesicht zu zeigen, wurden die Teilnehmer von den Stadtoberhäuptern in Kyritz und Wusterhausen mit offenen Armen empfangen. Der Wusterhausener Bürgermeister positionierte sich in seiner Rede engagiert gegen Rechtsextremismus und nahm anschließend am Autokorso nach Wittstock teil. In der Konsequenz bedeutet dies, dass der offensive Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus immer mehr, auch im ländlichen Raum Brandenburgs, zur Norm wird.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke IV**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© August 2012, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-038753-1

Inhalt

Vorwort	7
<i>Dirk Wilking</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg	9
<i>Daniel Krüger</i>	
Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spreewald. Das Internet-Projekt spreelichter.info	51
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zivilgesellschaftliche Bündnisse im ländlichen Raum: Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“	81
<i>Michael Kohlstruck</i>	
Können Verhinderungsblockaden von angemeldeten Demonstrationen als ziviler Ungehorsam gelten?	101
<i>David Driese, Andreas Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Immobilienprojekte – lokale Reaktionen und Herausforderungen für die Gemeinwesenberatung	111
<i>Karin Lorenz, Jürgen Lorenz</i>	
Ein Osterspaziergang im August Vom Umgang der Gemeinde Schorfheide mit einem rechtsextremen Nachbarn und seinen Aktivitäten	133
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Wusterhausens „Zukunftstage“ – ein Modell kommunaler Demokratie	157
<i>Robin Kendon, Ray Kokoschko</i>	
Personalschulung als Gemeinwesenentwicklung? – Ein Beispiel für Fortbildung und Coaching von Mitarbeitern des zweiten Arbeitsmarktes in der Kinder- und Jugendarbeit	175

<i>Uwe Steinbeiß, Thomas Weidlich</i>	
„Ohne Blaulicht“. Feuerwehren als zivilgesellschaftliche Akteure	197
<i>Frederik Ahlmann-Eltze, Frauke Postel</i>	
„Partizipation ist auch nur ein Wort“? Überlegungen zu demokratieförderlicher Beratung	205
Bildnachweis und Bildrechtsinhaber	213
Adressen des MBT	215